

WLAN an Schulen? »Nein, Danke«

Mobilfunk Bürgerinitiative Kempten regt zum Nachdenken an

Kempten – Kempten und der Landkreis Oberallgäu könnten zur Modellregion „optimierte Digitalisierung der Schulen“ werden. Nach der Ankündigung der Bundesregierung, für den Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen in den Jahren 2018 bis 2022 fünf Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, sollten die Ziele, die sich daraus für die Region ergeben könnten, definiert werden. Gesundheitsverträgliche Rahmenbedingungen und grundsätzlichen pädagogischer Vorgaben für digitalisierte Unterrichtsanteile müssen erarbeitet werden, fordert hier die Mobilfunk Bürgerinitiative.

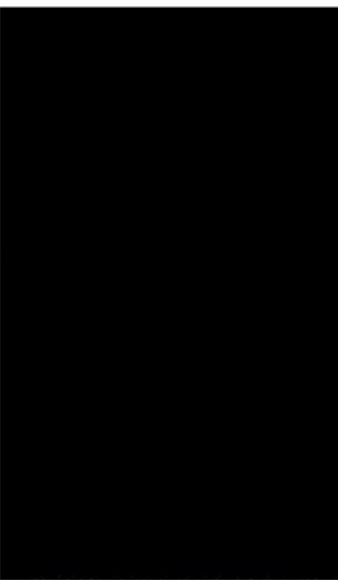
„Nachdem software-gesteuerter Unterricht keinen nachweisbaren Nutzen erbracht hat, sollte man sich wieder der grundgesetzlich verankerten Methodenfreiheit der Lehrenden und der individuellen Betreuung zuwenden“, lautet die Forderung der Mobilfunk-Initiative. Qualifizierte Lehrkräfte, gut strukturierter Unterricht und traditionell bewährte Unterrichtsmethoden sind nach der Meinung der Mitglieder nicht ersetzbar.

Auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft stelle in ihrem Gutachten „Bildung 2030 – Veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik“ fest, dass Grundschüler mit Einsatz von Computern „statistisch signifikant niedrigere Kompetenzen“ aufwiesen als Kinder ohne Computer.

Mehr als 100 Studien weisen nach, dass durch WLAN-Netze und -Endgeräte die Schüler erheblichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, so die Bürgerinitiative. Schon nach kurzer Zeit könne es zu negativen Auswirkungen auf Lernen, Aufmerksamkeit und Verhalten, sowie Befindlichkeitsstörungen, wie Kopfschmerzen u.a. kommen.

„Funkbasierte Technologie ist für den Unterricht mit digitalen Medien nicht notwendig!“, argumentiert die Initiative. Allenfalls sollte lichtbasierte Datenübertragung statt Funktechnik im Klassenraum zum Einsatz kommen.

Die bereits jetzt vorhandenen psycho-sozialen Auswirkungen habe die BLIKK-Studie der Bundesregierung zutage befördert. Die Bundesregierung empfiehlt, statt funkgestützter Lösungen



herkömmliche Kabelverbindungen zu bevorzugen. Unterstützt werde sie dabei von der Industrie, die dazu rät, den Betrieb der WLAN-Router in der Nähe von Kinder- und Aufenthaltsräumen zu vermeiden. Populistische Sprüche der Politik, wie „Digital first. Bedenken second“ seien da wenig hilfreich. Die Leitlinie im Allgäu sollte nach Meinung der Mobilfunk-Initiative lauten: „Gesundheit first – Digital second.“

Die Bürgerinitiative fordert die zukunftsfähige Breitbandversorgung aller Schulen und Gebäudeteile mit Glasfasertechnik. Um diese gesundheitsverträgliche, datenschutzrechtlich unbedenkliche und kapazitätsoptimierte Infrastruktur zu schaffen,

müssten in den nächsten Jahren genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ebenso für Wartungs- und Instandhaltungskosten sowie die Kosten für die Pflege der digitalen Infrastruktur durch Fachpersonal.

Die finanziellen Versprechen der Bundesregierung zum Digitalpakt relativierten sich, wenn man die versprochenen fünf Milliarden Euro durch 40.000 Schulen und die vorgesehene Laufzeit von fünf Jahren teilt. Dann seien pro Jahr und Schule nur 25.000 Euro fällig.

Ein Gutachten der Bertelsmann-Stiftung decke dem gegenüber auf, dass ca. 250.000 Euro pro Jahr und Schule für die Digitalisierung benötigt werden. „Die Budgets der Schulen werden damit für Jahre verplant und stehen damit den bewährten pädagogischen Konzepten nicht mehr zur Verfügung“, folgert die Initiative.

Die Notwendigkeit, Grundschulen (ggf. auch Kitas) mit elektronischen Bildschirm- und Digitalmedien sowie Schnurlos-Telefonen auszustatten, verbiete sich angesichts der belegbaren Gesundheitsgefahren.

In einem Offenen Brief hat sich die Bürgerinitiative an die Behörden gewandt, damit die Studienlage zur WLAN-Nutzung bewertet und die notwendige Gefahrenabwehr eingeleitet wird. Außerdem sollte nach Meinung der Mitglieder die Sinnhaftigkeit digitaler Lehrmittel abgefragt und die Breitbandversorgung mit Glasfasertechnik forciert werden: „Weil die bevorstehende Digitalisierung der Schulen nachhaltig und zukunftsweisend in Angriff genommen werden sollte, sind das Für und Wider sowie die haftungsrechtlichen Konsequenzen gründlich im Stadtrat, mit den Bürgerinnen und den Schulgremien zu diskutieren.“